

Besorgnis um humanitäre Werte

Hilfswerke und Kirchen gegen Asylrechts- Verschärfung

Die Organisationen der Flüchtlingshilfe und die etablierten Religionsgemeinschaften lehnen sämtliche Vorschläge ab, die Bundesrat Christoph Blocher zur Verschärfung des Asyl- und Ausländerrechts in eine Vernehmlassung gegeben hat. Die Massnahmen, wird kritisiert, erhöhen das Risiko, dass die Behörden die Menschenrechts- und die Flüchtlingskonvention verletzen, und gefährden die humanitäre Tradition.

C. W. Bern, 20. Juli

Bundesrat Christoph Blocher möchte die vor seinem Amtsantritt ins Parlament gegebene Asylgesetzrevision aufstocken, teilweise auch rückgängig machen und hat elf Anträge, die allenfalls dem Zweitrat zugeleitet werden, in eine kurze Konsultation gegeben. Bereits das Vorgehen ist an einer von der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH) organisierten Pressekonferenz als Zeichen eines Traditionsbruchs kritisiert worden. Die nur teilweise überhaupt als Gesetzestexte ausformulierten Anträge seien weder auf ihre Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht noch auf ihre Kostenfolgen geprüft worden, und eine sachgerechte Auseinandersetzung sei in der Ferienzeit unmöglich.

«Papierlos» nicht gleich «missbräuchlich»

Die Hilfswerke selber haben nun sozusagen noch rascher gehandelt, mitten in der Vernehmlassungsfrist eine ausführliche Stellungnahme publiziert und ihre Opposition mit einem breiten Aufmarsch vor den Medien in Bern unterstrichen - in Räumlichkeiten der einst den Hugenotten zur Verfügung gestellten Französischen Kirche. Vertreten waren die Mitglieder der SFH - das Arbeiterhilfswerk, die Caritas, das Heks, der Verband jüdischer Fürsorgen und das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) -, Amnesty International (AI), die Bischofskonferenz, der Evangelische Kirchenbund, die christkatholische Kirche und der Israelitische Gemeindebund (SIG). - Ein Hauptpunkt der Kritik ist die Verschärfung der Regel, dass auf ein Asylgesuch nicht eingetreten wird, wenn der Bewerber keine Identitätspapiere abgibt oder deren Fehlen nicht glaubhaft entschuldigen kann. Gerade tatsächlich Verfolgte und Kriegsflüchtlinge, führte Denise Graf (AI) an, hätten oft keine Ausweise, weil ihnen ein Pass verweigert werde, weil es namentlich in afrikanischen Ländern oft keine Identitätspapiere gebe oder amtliche Register wie in Kosovo zerstört worden seien. Bereits heute werde der Zugang zum vollen Asylverfahren manchmal zu Unrecht verweigert; die neue Regelung erhöhe das Risiko einer Verletzung der Flüchtlingskonvention. Um den Druck zum Vorlegen von Ausweisen zu erhöhen und

damit eine spätere Rückführung zu erleichtern, möchte der Chef des Justiz- und Polizeidepartements auch die vom Nationalrat bereits gutgeheissene «humanitäre Aufnahme» an Bedingungen knüpfen. Sie soll zudem nur noch angeordnet werden, wenn die Rückkehr «existenzgefährdend» (statt wie bisher «unzumutbar») ist. Für die Hilfswerke ist die «humanitäre Aufnahme», die Integrationshindernisse beseitigt, ein Herzstück der laufenden Asylgesetzrevision und deren einziges positives Element. Die Einschränkung würde die Falschen treffen, wäre nicht sachgerecht und hätte zusätzliche Kosten zur Folge.

Abgelehnt wird im Weiteren die Beendigung der Sozialhilfe nach Ablauf der Ausreisefrist. Mit der analogen Massnahme bei Nichteintretensentscheiden haben Hilfsorganisationen bisher schlechte Erfahrungen gemacht. Einige Kantone gestalteten die Nothilfe äusserst abschreckend, ohne dass dadurch die Rückkehr der Weggewiesenen gefördert werde, sagte Martin Rosenfeld, stellvertretender Direktor des SRK, das sich selten öffentlich zur politischen Aktualität äussert, sich nun aber Sorgen um Würde, Gesundheit und Leben der Asylsuchenden macht. Die neuen Massnahmen würden noch mehr Menschen in illegale und prekäre Situationen drängen. Kritik richtet sich auch gegen Restriktionen im Verfahren (Rekursentscheide durch «anderthalb» Richter, Gebührenvorschuss bei Wiedererwägungsgesuchen) und gegen neue Zwangsmassnahmen, speziell die «Durchsetzungshaft», die unter Gesichtspunkten der Europäischen Menschenrechtskonvention problematisch sei.

Alternativen

Durch die Gesamtheit der «unsachlichen, verantwortungslosen und kostspieligen Verschärfungen» sieht Beat Meiner, Generalsekretär der SFH, die humanitäre Tradition der Schweiz in akute Gefahr gebracht. SIG-Generalsekretär, Dennis Rhein, sprach von einer erneuten «Das Boot ist voll»-Haltung und von einer Angstkampagne der zuständigen Behörde. Er erinnerte daran, dass die «humanitäre Tragödie» in den Kriegsjahren mit kleinen Schritten begonnen habe. Die Kirchenvertreter ihrerseits appellierten an christliche, allgemein ethische und rechtsstaatliche Werte. - Im Sinn effektiver Lösungsansätze fordert die Flüchtlingshilfe, dass der Bund Asylsuchende nur wegweise, wenn eine Rückkehr auch gefahrlos (und demnach eher wahrscheinlich) ist, dass er die Rückkehrhilfe ausdehne (auch auf Personen mit Nichteintretensentscheid) und den Dialog mit der EU wie mit den Herkunftsländern verstärke.